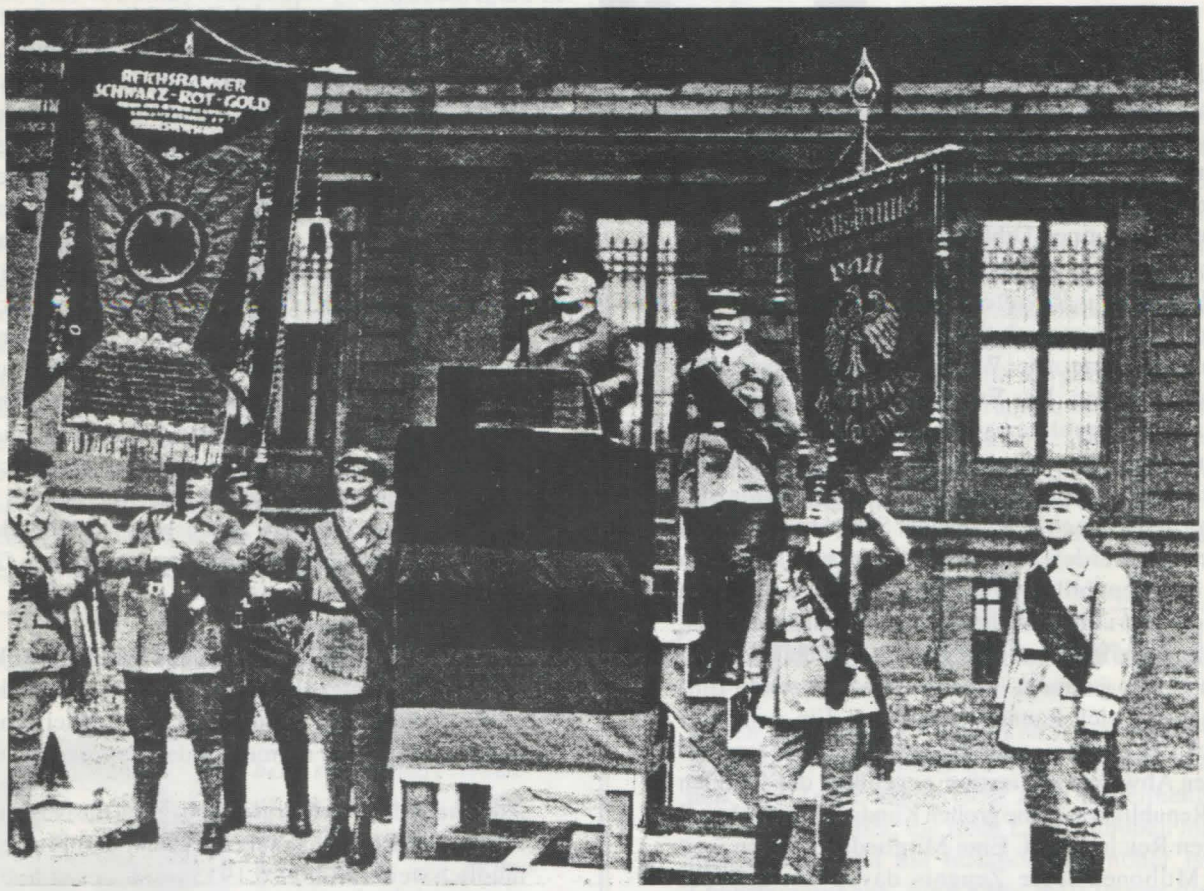
D 20179 F

Nr. 4 38. Jahrgang Oktober 1994

Das Reichsbanner

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN

Magdeburg, das Reichsbanner und die Republik



1. Bundesvorsitzender Otto Hörsing bei einer Veranstaltung des Reichbanners in Magdeburg

In der Zeit nach 1918 entwickelte sich Magdeburg, die alte mitteldeutsche Handelsstadt an der Elbe, zu einem starken republikanischen Zentrum. Diese Entwicklung begann schon zu dem Zeitpunkt, da die Arbeiterschaft Magdeburgs entscheidend mit an der Verantwortung für die Geschicke der Stadt beteiligt war. Die damaligen Oberbürgermeister von Magdeburg Beims und Ernst Reuter (der nach 1950 unvergessene Oberbürgermeister von Berlin) haben mit ihrer klugen und weit vorausschauenden Kommunalpolitik den Namen Magdeburgs weit über die Grenzen der Stadt hinaus im ganzen Reichsgebiet im Lichte volkstümlicher Aufbauarbeit bekannt gemacht. Sie haben auch das Reichsbanner als Hort der Weimarer Republik in jeder Beziehung unterstützt. So ist es für uns eine besondere Freude, daß auch der jetzige Oberbürgermeister von Magdeburg, Dr. Willi Polte, die Tradition seiner demokratischen Vorgänger fortsetzt und das Reichsbanner unterstützt, so daß wir im Rathaus unsere Bundeskonferenz durchführen können. Die damals politisch und gewerkschaftlich ausgezeich-

net organisierte Arbeiterschaft von Magdeburg war nach 1918 nicht nur das Fundament für die kommunale Aufbauarbeit ihrer Stadt, in ihr war auch der Wille lebendig, sich mit den Feinden der Demokratie, den Kommunisten, den reaktionären Kampfgruppen des Stahlhelms und den Schlägertruppen der Nazis aktiv auseinanderzusetzen.

Nach den Morden an Erzberger und Rathenau war man in Magdeburg sowie an anderen Orten zu der Überzeugung gekommen, daß man reaktionären Anschlägen nicht allein mit Massendemonstrationen entgegentreten konnte. Der organisierten Reaktion mußte die organisierte Abwehr entgegengesetzt werden.

In aller Stille bauten damals Sozialdemokraten die „Republikanische Notwehr" auf, die erstmals am 15.4.1923 unter der Führung ihres Gründers, Karl Höltermann, in einer Stärke von über 1500 Mann mit einer großen Schwarz-Rot-Goldenen Fahne an der Spitze durch die Straßen Magdeburgs zum Domplatz marschierte.

Johannes Stelling, stellvertretender Bundesvorsitzender und Preußischer Ministerpräsident a.D.
Er wurde am 22.6.1933 mit weiteren 20 Kameraden von den Nazis grausam ermordet. Noch immer ist sein Tod ungesühnt, da Hitler die Verfolgung der Täter untersagte.

Im Laufe des Jahres 1923 nahmen die innenpolitischen Spannungen ständig zu. Der Stahlhelm und die Deutsch-Nationalen traten an den Reichskanzler Stresemann mit einer Diktatur-Forderung heran, und in München wollte Hitler mit seiner Bürgerbräu-Revolte die „nationale Diktatur" einleiten. Somit war auch für die Demokraten die Zeit reif, den Befürwortern der Weimarer Republik eine breitere Basis zu geben. Das Ergebnis dieser Erwägungen war der Aufruf republikanischer Kriegsteilnehmer, sich zu einer Abwehrorganisation zusammenzuschließen. Die Gründung erfolgte am 22. Februar 1922 in Magdeburg unter dem Namen Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ganz bewußt wurden damals die verfassungsmäßigen Farben der Republik Schwarz-Rot-Gold zu unserem Symbol erkoren und somit die Verbundenheit des Reichsbanners zu unserer Republik und seinen Hoheitszeichen zum Ausdruck gebracht. Die weitere glänzende Entwicklung des Reichsbanners ist bekannt. Ein sichtbarer Ausdruck der zunehmenden Bedeutung dieser republikanischen Abwehrorganisation gegenüber den Feinden unserer Republik waren die großen Kundgebungen überall im ganzen Reichsgebiet. Eine Mitgliederzahl von weit über 4 Millionen legte Zeugnis davon ab, daß das Reichsbanner im deutschen Volke Wurzeln geschlagen hatte. Ganz besonders haben sich damals bei der Organisation für das Reichsbanner dessen Vorsitzender Karl Höltermann und der Oberpräsident Otto Hörsing hervorgetan. In der Privatwohnung Otto Hörsings in Magdeburg saß man mit einer Anzahl Kameraden fast Abend für Abend, um das Organisatorische rasch und zügig zu erledigen.

Mit aller Entschiedenheit hat sich das Reichsbanner seit seiner Gründung für unsere Mitbürger jüdischen Glaubens eingesetzt und die Hetze der Nazis gegen die Juden bekämpft.

Das Reichsbanner ist überparteilich und wird es auch künftig bleiben. Seit seiner Gründung im Jahre 1924 waren nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Mitglieder des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei usw. Mitglieder.

Gemäß § 5 der Bundessatzung gehörten dem Reichsausschuß u.a. nachstehende Mitglieder an:
Paul Löbe, Präsident des Deutschen Reichstages, **von Deimling**, General der Infanterie a.D., **Otto Wels**, Bundesvorsitzender der SPD, **E. Koch-Weser**, Reichsminister a.D., **Otto Braun**, Ministerpräsident von Preußen, **Graf von Bernsdorff,** Botschafter a.D., Mitglied des Reichstages, **Ph. Scheidemann,** Reichskanzler a.D., Oberbürgermeister in Kassel, **Dr. Freiherr von Schönauch**, Generalmajor a.D., **R. Leinert,** Präsident des Preußischen Landtages, **K. Ullrich,** Staatspräsident in Darmstadt, **Helat,** Ministerpräsident in Dessau, **H. Rönneberg,** Staatsminister in Braunschweig, **Heinrich Deist**, Ministerpräsident a.D. in Dessau, **M. Remmler,** Innenminister in Karlsruhe, **R. Maroke,** Vorsitzender des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, **R. Stampfer**, Chefredakteur des Vorwärts, **Th. Wolff,** Chefredakteur des Berliner Tageblattes, **G. Bernhard**, Chefredakteur der Vossischen Zeitung in Berlin, **D. Nuschke**, Chefredakteur der Berliner Volkszeitung, **Dr. K. Simon,** Redakteur der Frankfurter Zeitung, **Fritz Husemann**, Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes, **Bauer,** Reichskanzler a.D., **Prof. Dr. Radbruch**, Reichsminister a.D., **Dr. Hänisch**, Regierungspräsident Frankfurt, **Johannes Stelling**, Preußischer Ministerpräsident a.D., **Korell**, Pfarrer, Mitglied des Reichstages, **Dr. Josef Wirth**, Reichskanzler, **Theodor Leipart,** Vorsitzender des allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Mitglieder des Reichsbanners haben in der Weimarer Republik Opfer über Opfer gebracht, und nicht wenige sind in Erfüllung staatsbürgerlicher Pflicht von Nazis und Kommunisten ermordet oder verwundet worden.

Auch nach der Machtergreifung durch die Nazis ging der Kampf des Reichsbanners für Recht und Freiheit unermüdlich weiter. Am 22.6.1933 wurde der stellvertretende Bundesvorsitzende des Reichsbanners und Reichstagsabgeordnete Johannes Stelling anläßlich der „Köpenicker Blutwoche" mit anderen Kameraden von den Nazis ermordet. Seine furchtbar verstümmelte Leiche wurde später aus dem Finow-Kanal gezogen. Es waren 21 Morde, die ungesühnt blieben. Wir werden uns dafür einsetzen, daß auch diese Widerstandskämpfer gegen das Nazi-Regime mit einer Gedenktafel gewürdigt werden.

Am 29. Juni 1933 verhafteten die Nazis dann über 3000 Reichsbannermitglieder, darunter Paul Löbe, Westphal, Bauer und Fröhlich.

Das Reichsbanner war seit seiner Gründung ein Hüter der Demokratie und ein lebendiger Wall gegen die Feinde der Demokratie, Nationalsozialisten und Kommunisten sowie auch der Harzburger Front.

Wenn heute die Gefahr durch links- und rechtsextreme Parteien und Gruppierungen auch gering erscheint, so sollte man doch nach den Erfahrungen aus der Geschichte wachsam bleiben, denn wer aus der Geschichte nichts gelernt hat, der muß sie wiederholen. Wir haben jetzt eine „Schönwetter-Demokratie", doch es kann auch mal wieder anders kommen.

Das Reichsbanner wird auch künftig nicht müde werden, aus leidvoller Erfahrung immer und immer wieder darauf hinzuweisen, welche Gefahren von den Feinden der Demokratie drohen. Wir werden deshalb im kommenden Jahr mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit Berufsschülern, zunächst aus Hessen, Seminare veranstalten. Wir als noch lebende Zeitzeugen wollen den jungen Menschen aufzeigen, daß zwar in einer Diktatur nicht alles falsch ist - doch das Ganze ist falsch - und in einer Demokratie auch nicht alles richtig ist - doch das Ganze ist richtig.

Hans Bonkas

Geht zur Wahl und wählt demokratische Parteien!

Das Reichsbanner ist kein Wahlhelferverein für irgendeine Partei. Als Bund aktiver Demokraten sind wir aber entschiedene Gegner solcher Parteien und Wahlbündnisse, die die demokratische Verfassung und den demokratischen Staat zerstören wollen. Dabei spielt es keine Rolle, ob dies von links oder rechts geschieht.

Daß es solche Parteien und Gruppierungen gibt, wird uns Tag für Tag durch die Anschläge auf Sachen und Menschen verdeutlicht, die unsere ausländischen Mitbürger betreffen, und die das Bild des „häßlichen Deutschen" in der Welt fördern. Die Anschläge auf Gedenkstätten und jüdische Friedhöfe, auf ausländische Geschäfte und Kultureinrichtungen sind auch Konsequenzen aus verbaler Gewalt. Wer den Nationalsozialismus verherrlicht und die Greuel- und Schandtaten versucht zu entschuldigen, kann sich kaum über diese Folgen wundern. Ein neuer „Führer", der erst Gewalt sät, die er dann an der Macht gewaltsam beseitigen will, darf keine Chance mehr bekommen. Wir wissen um die Doppelstrategie, vor den Wahlen Gewalt zu produzieren, um während der Wahlen aus Furcht, Angst und Unsicherheit der Bevölkerung, die man selbst erzeugt hat, die Wählerstimmen zu fangen. Der kriminellen Gewalt müssen die staatlichen Organe wehren, der legalen Machterschleichung wir Wähler. Wir wissen, daß eine geringe Wahlbeteiligung den Extremisten nützt. Wir sind deshalb gefordert durch unsere Stimmabgabe für eine demokratische Partei deutlich zu machen, daß Extremisten bei uns keine legale Chance haben.

Angesichts der hohen Massenarbeitslosigkeit, von größer werdender Armut, von viel zu viel sozialem Elend, ist die Gefahr groß, daß politische Stimmenfänger mit einfachen Parolen dem Volk vollmundig das Glück in naher Zukunft versprechen. Dabei werden wieder nationalistische Parolen hoffähig gemacht und gegen Europa geführt, dabei werden die Probleme der deutschen Einigung, die nicht zu verleugnen sind, dazu benutzt, wieder zu spalten anstatt zusammenzuführen, was zusammengehört, dabei werden wieder Intoleranz gegenüber Andersdenkenden der Toleranz vorgezogen. Wohin dies führt, das wissen die Kameraden aus dem Reichsbanner aus bester Erinnerung. Darum sagen wir heute: Wir können etwas dagegen tun. Gehen wir zur Bundestagswahl. Wählen wir demokratische Parteien.

Alexander Matwejew

Interview mit dem Hessischen Ministerpräsidenten Hans Eichel

Frage: In diesem Jahr haben Arbeitnehmer und Gewerkschaften durch Lohnverzicht erheblich dazu beigetragen, daß es mit unserer Ausfuhr von Industriegütern wieder aufwärts geht. Das ist nun wirklich kein Verdienst der Bundesregierung, da es mit der Inlandsnachfrage noch immer bergab geht. Sehen Sie das auch so?

Eichel: Fest steht, daß die schwere Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre durch kapitale Fehlentscheidungen der Bundesregierung verschärft worden ist. Die Zeche zahlen die Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren oder die im Berufsleben gar nicht erst Fuß fassen können. Die Zeche zahlen aber auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die reale Lohneinbußen hingenommen haben, weil die Inflationsrate höher ist als die Lohnsteigerungen. Eine Krise trifft immer die Schwächeren besonders hart. Deshalb sind die Forderungen nach untertariflicher Bezahlung und nach Kürzung der Sozialhilfe, die im Arbeitgeberlager aber auch von Teilen der Bundesregierung erhoben werden, gerade zynisch. Mein Ziel und das Ziel der Hessischen Landesregierung ist es, zu einer gerechten Verteilung sowohl der Lasten als auch der Gewinne beizutragen.

Frage: Bei den vergangenen Tarifverhandlungen haben die Unternehmer ihren Arbeitnehmern Lohneinbußen zugemutet. Als Begründung dazu wurde behauptet, daß ohne Lohnverzicht der Wirtschaftsstandort Deutsch-

land in Gefahr sei. Ich vertrete aber die Ansicht, daß durch den starken Anstieg der D-Mark in den letzten Wochen gegenüber den Währungen unserer wichtigsten Handelspartner diese Gefahr sehr viel größer ist als eine Lohnerhöhung von 3 bis 5%. Teilen Sie meine Ansicht?

Eichel: Bei einem Land wie der Bundesrepublik, das sehr viel exportiert, spielen die Währungsparitäten natürlich eine besonders große Rolle. Durch Veränderungen der Wechselkurse, wie wir sie in der letzten Zeit erlebt haben, können die Exportchancen erheblich stärker getroffen werden als durch Lohnerhöhungen.

Frage: Als Gastdelegierter auf dem Bundesparteitag der SPD in Halle hatte ich nach fast vier Jahren wieder die Gelegenheit, meine Heimatstadt Halle zu sehen. Ich habe mich in Halle und Umgebung gründlich umgesehen und nach den versprochenen blühenden Landschaften ohne Erfolg Ausschau gehalten. Haben Sie blühende Landschaften gesehen?

Eichel: Vor dem Bundesparteitag in Halle habe ich mir die Stadt ein wenig angesehen. Viele Gebäude, gerade in der Innenstadt, sind schon renoviert worden. Aber es ist noch unendlich viel zu tun. Wir könnten schon ein gutes Stück weiter sein, wenn die Bundesregierung in ihrer Vereinigungspolitik nicht den Konsum durch Kredite finanziert, sondern in die Verbesserung der Infrastruktur investiert hätte. Unter den Folgen dieser verfehlten Politik haben die Menschen in den neuen Bundesländern - und über die hohe Staatsverschuldung wir alle - noch lange Zeit zu leiden.

Frage: Die SPD wird oft als die Partei des „Kleinen Mannes" bezeichnet. Können Sie dem zustimmen, und was tut die SPD für den „Kleinen Mann"?

Eichel: Die SPD ist die große linke Volkspartei. Der Sozialdemokratie gehören Menschen aller sozialen Schichten, Junge, Alte, Arbeitnehmer und Unternehmer an. Ein Grundwert unserer Politik ist die soziale Gerechtigkeit. Wir wollen, daß alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen gleiche Chancen haben und daß die Lasten gerecht verteilt werden. Das bedeutet, daß diejenigen, die mehr haben, auch mehr zur Finanzierung der Aufgaben unseres Gemeinwesens beitragen müssen. Dies gilt in allen Feldern der Politik. In diesem Sinne ist die SPD die Partei der Schwächeren in unserer Gesellschaft, die oft stark sind in der Leistung, aber schwach im Einkommen.

Frage: Ich verfolge ständig die Tests der Stiftung Warentest. Letztens wurde Olivenöl getestet. Aldi erzielte mit 6,12 DM pro Liter und einer Wertung „Sehr gut" das beste Ergebnis. Dagegen brachte es die Firma Raineri mit 48,80 DM pro Liter nur auf eine Wertung von „Gut". Solche Ergebnisse sind leider nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Ich schlage vor, daß die Tests der Stiftung Warentest der Bevölkerung amtlich durch Presse, Funk und Fernsehen bekannt gemacht werden. Unterstützen Sie mich?

Eichel: Wichtig ist die Aufklärung der Verbraucher. Sie brauchen von der Wirtschaft unabhängige Instanzen, die objektive Ratschläge erteilen können. Deshalb unterstützt die Hessische Landesregierung die Verbraucherzentralen unseres Landes. Die Verbraucherberatung bietet Orientierung im oft verwirrenden Warenangebot und Unterstützung gegen unseriöse Geschäftemacher. Ich glaube aber nicht, daß die sehr verdienstvollen Tests der Stiftung Warentest auch noch auf amtlichem Wege bekanntgemacht werden müssen. Denn sie werden in einer eigenen Zeitschrift veröffentlicht und von vielen anderen Medien aufgegriffen, so daß sie eine große Verbreitung erhalten.

Frage: In der Jugend reingelockt und im Alter abgezockt. Dies scheint leider das Motto der privaten Krankenversicherung zu sein. Sehen Sie das auch so, und kann die SPD bei einem Wahlsieg hier Abhilfe schaffen? Für viele alte Menschen ist der jährlich steigende Beitrag zur privaten Krankenversicherung nicht mehr zu bezahlen.

Eichel: Das von Ihnen geschilderte Problem, daß viele Krankenversicherte im Alter unter Umständen sehr hohe Beiträge zahlen müssen, macht vor allem deutlich, daß die so gepriesenen privaten Lösungen oft versagen, wenn es ernst wird. Zumindest für alte Menschen ist die auf Solidarität gegründete gesetzliche Krankenversicherung der privaten Krankenversicherung deutlich überlegen. Inzwischen haben die privaten Kankenversicherungsunternehmen Anstrengungen unternommen, um dieses Problem in den Griff zu bekommen. Bezeichnenderweise orientieren sie sich dabei in Beitragshöhe und Leistungsumfang am Vorbild der gesetzlichen Krankenversicherung. Man muß abwarten, ob diese Maßnahmen ausreichen oder ob weitere gesetzliche Vorgaben nötig sind.

Frage: Banken und Sparkassen genießen bei der großen Mehrzahl der Bevölkerung einen denkbar schlechten Ruf. Insbesondere wird das Zinsgebahren heftig kritisiert. Der Spareckzins beträgt ca. 2%, die Preissteigerungsrate aber über 3%. Ein Verlust für den meist älteren Sparer. Würde die SPD sich dafür einsetzen, daß der Spareckzins mindestens so hoch sein muß wie die monatliche Preissteigerungsrate?

Eichel: Mit den Sparbucheinlagen machen die Banken tatsächlich einen guten Schnitt. Ich glaube aber nicht, daß gesetzliche Maßnahmen dagegen notwendig sind. Denn es gibt eine Fülle von attraktiven und sicheren Geldanlagen, die auch für den Kleinsparer erreichbar sind. Ich denke da zum Beispiel an die festverzinslichen Wertpapiere des Bundes.

Frage: Meiner Ansicht nach ist besserer Verbraucherschutz heute notwendiger denn je. Ist die SPD bereit, den Verbraucherschutzverbänden mehr Mittel zur Verfügung zu stellen?

Eichel: Wir haben die Bedeutung des Verbraucherschutzes ja schon angesprochen. Das Land Hessen wird sich auch in Zukunft seiner Verantwortung für den

Verbraucherschutz nicht entziehen.

Frage: Auch die am 1. Juli 1994 eingetretenen neuen Spesenvorschriften sind meiner Ansicht nach nicht der Weisheit letzter Schluß. Ich bin dafür, daß zumindest die Bewirtungsspesen steuerlich nicht mehr abgesetzt werden dürfen. Sie auch?

Eichel: Die Neuregelung geht in die richtige Richtung. Ab 1. Januar nächsten Jahres wird die Absetzbarkeit von Bewirtungskosten erneut verschärft. Allerdings ist eine solche Regelung immer mit mehr Bürokratie verbunden. Deshalb wird die vollständige Abschaffung - ganz besonders im Lichte der jetzigen Regelung - nochmals zu prüfen sein.

Die Fragen wurden von Hans Bonkas gestellt.

Patriotisch und national - Fremdwörter im heutigen Reichsbanner?

Als das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924 in Magdeburg - im KPD-roten Umfeld - gegründet wurde, war es patriotische Pflicht, ihm aktiv oder fördernd beizutreten. Der schwarze Adler mit roten Klauen auf goldenem Grund wurde nicht von ungefähr zum Symbol dieser Schutzformation, doch sein Ursprung reicht in der Geschichte der Symbole weit zurück in eine Zeit, als man noch keine ein- oder mehrfarbigen Flaggen kannte. Unter Friedrich Barbarossa (1152 - 1190) zeigte das „Reichspanier" auf goldgelbem Grund den schwarzen rotbewehrten Adler. Volkstümlich wurde es nicht. Das Aussehen der „Reichssturmfahne" änderte sich mehrmals, aber immer wieder kehrte man zum Adlerbild zurück. Im Jahre 1336 übernahm Graf Ulrich von Württemberg das „Vexillum imperii, dictum sturmfahne" (Reichsbanner, genannt Sturmfahne). Viele Reichsstädte, z.B. Frankfurt am Main und Nürnberg, durften ihre Reichsunmittelbarkeit durch die Aufnahme des Adlers in Siegel und Wappen bekunden. Auch der Bremer Roland (1404) - vermutlich Symbol städtischer Rechte und Freiheiten - zeigt den Adler im Schild. Die Geschichte dieses Symbols läßt sich weiterverfolgen bis in unsere Tage, in denen auch Rußland wieder zum Adler-Symbol zurückgekehrt ist.

Seit der französischen Revolution (1789) bekennt sich der freie und gleiche Bürger zum Symbol seines Staates, der Nationalflagge. 1813 färbten die Männer des Freikorps Lützow ihre bürgerliche Kleidung schwarz und versahen die „Waffenröcke" mit roten Aufschlägen sowie mit goldenfarbigen Knöpfen. Am 31. März 1816 überreichten ihnen Jenaer Frauen eine gestickte rot-schwarz-rote Fahne mit einem goldenen Eichenzweig in der Mitte und goldenen Fransen am Saum. Spätestens am 18. Oktober 1817 bekamen diese Farben auf dem Wartburgfest auch eine politische Ausdeutung als Forderung nach nationaler Einheit und politischer Freiheit. Die schwarz-rot-goldene Bewegung des deutschen Vormärz erlebte Pfingsten 1832 durch das „Hambacher Fest" einen einmaligen Höhepunkt. Allenthalben sah man Schwarz-Rot-Gold. Am 9. März 1848 erklärte die Bundesversammlung „den alten deutschen Reichsadler und die Farben des ehemaligen deutschen Reichspaniers Schwarz-Rot-Gold zu Wappen und Farben des Deutschen Bundes". Schwarz-Rot-Gold spielte noch bis in die 60-er Jahre hinein seine Rolle als Bekenntnis zur Nation, wurde aber Ende des Jahrhunderts durch die kleindeutschen Farben Schwarz-Weiß-Rot verdrängt.

Der spätere Bundespräsident Dr. Theodor Heuss verlangte am 22. November 1918: „Wir müssen die alten Fahnen und Farben des ersten deutschen romantischen Freiheitstraumes hissen, denn unsere Aufgabe ist es, die deutsche Geschichte beim Werk des Jahres '48 wieder anzuknüpfen".

Die Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung (19. Januar 1919) ergaben ein klares Bekenntnis der Mehrheit des Volkes zum Prinzip der parlamentarischen Demokratie und erteilten den radikalen Gruppen eine Absage. Am 6. Februar 1919 trat die Nationalversammlung im Nationaltheater Weimar zusammen. Am folgenden Tage wurde Friedrich Ebert zum vorläufigen Reichspräsidenten gewählt. Zur Flaggenfrage gab es zahlreiche Debatten. Die Abstimmung am 3. Juli 1919 ergab schließlich eine Mehrheit von 211 Stimmen für Schwarz-Rot-Gold bei 90 Gegenstimmen. Mit dem Artikel 3 der Reichsverfassung „Die Reichsfarben sind Schwarz-Rot-Gold. Die Handelsflagge Schwarz-Weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke" wurde zwar ein Kompromiß geschaffen, der aber bereits den Keim der Unzufriedenheit und den künftigen Flaggenstreit in sich barg. Am 31. Juli 1919 wurden zum Abschluß des Verfassungswerks die schwarz-rot-goldenen Farben erstmals offiziell gehißt. Reichskanzler Bauer: „Das Hissen der Reichsfahne muß mehr sein als ein symbolischer Akt, es kann zum Symbol für die glückliche Fahrt in die wiedergeöffnete Welt werden".

Am 11. August 1919 dem Tag der Verkündung der Verfassung, wehte Schwarz-Rot-Gold von allen Dienstgebäuden.

Das nach der Ermordung von Walter Rathenau erlassene „Gesetz zum Schutz der Republik" hat nie den erhofften Erfolg gebracht. Um den Bestand der Verfassung und die republikanische Staatsform zu sichern und den ständigen Flaggenlästerungen entgegenzutreten, schlossen sich am 22. Februar 1924 Kriegsteilnehmer und junge Männer - Sozialdemokraten, Angehörige des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei (die „Koalitionsparteien") zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zusammen, das u.a. auch da Ziel hatte, die schwarz-rot-goldenen Farben „in Stadt und Dörfern zu hissen und einen Wald von Fahnen in allen deutschen Gauen sichtbar werden zu lassen", leider ohne Unterstützung durch die Reichsbehörden. So war das Reichsbanner die ein-

zige Organisation, die auch wirklich für eine größere Verbreitung dieser Farben in der Öffentlichkeit sorgte. Die zweite Flaggenverordnung von Reichskanzler Luther vom 5. Mai 1926 bestimmte, daß "die gesandtschaftlichen und konsularischen Behörden des Reichs an außereuropäischen Plätzen und an solchen Plätzen, die von Seehandelsschiffen angelaufen werden außer der Nationalflagge oder der Reichsdienstflagge auch die schwarz-weiß-rote Handelsflagge zu führen haben". Schließlich bewirkte diese Verordnung den Sturz des Kabinetts Luther, zu der die kompromißlose - patriotische wie nationale - Einstellung des Reichsbanners zweifelsohne maßgeblich beigetragen hat.

Heute geht zwar kein Flaggenstreit durch die Familien, wie bis zum Ende der „Weimarer Zeit" vielfach zu beobachten. Das Zeigen der „ Reichskriegsflagge", die in Ehren eingezogen wurde, in einigen Bundesländern als Symbol rechtsradikaler Einstellung zu verbieten, war bzw. ist eine ebenso falsche Einstellung, als wenn man bei rechtsradikalen Umzügen und auf deren Plakaten die Verwendung der Farben Schwarz-Rot-Gold untersagen wollte. Wo aber sind die Eigenheim- und Balkonbesitzer, die bei nationalen Anlässen wie 17. Juni, 20. Juli oder 3. Oktober schwarz-rot-goldene Fahnen aufziehen? (Im Hause meiner Eltern in der Ilsenburger Straße 13 in Charlottenburg wehten am 11. August oder zu Wahlzeiten drei schwarz-rot-goldene Fahnen, das wiederholte sich in allen weiteren drei Stockwerken, nur daß sie im ersten Stock - also bei uns - mehrfach abgerissen wurden.) Wäre es bei Jubiläen oder ähnlichen Anlässen nicht angebracht, Fahnen zu überreichen, damit das öffentliche Zeigen dieses nationalen Symbols an privaten Gebäuden nicht weiterhin nur Seltenheitswert habe?
Nach den Leipziger Montagsdemonstrationen war in der Öffentlichkeit nie wieder ein Fahnenmeer dieser Art zu erblicken. Nur die Bundeswehr „zeigt Flagge" bei offiziellen Anlässen seit 1965, als ihr Truppenfahnen verliehen wurden. Auch das gehört zur Tradition des Reichsbanners von heute, sich nicht nur bei politischen Diskussionen als „aktive Demokraten" zu betätigen, sondern man sollte es auch als patriotische und nationale Verpüflichttung ansehen, bei jeder Gelegenheit „Flagge zu zeigen", wie es Vater und Großvater getan haben, als es ab und zu auch noch gefährlich war.

Aus den Erfahrungen des Reichsbanners der „Weimarer Republik" bedarf noch ein wesentlicher Punkt einer klaren Herausstellung: Das Verhältnis zwischen Reichsbanner und den Streitkräften. In dem politisch und verteidigungsseitig besonders gefährdeten Gebiet Ostpreußen, in dem nur eine Kavallerie-Division stationiert war, trat die Reichswehr, die nach dem Versailler Vertrag nur 100.000 Mann umfassen durfte, nur aus Berufssoldaten bestand und keine Reservisten kannte, an das dortige Reichsbanner heran, die Funktion von Reservisten zu übernehmen, was aber am Einspruch der Gewerkschaftsführung scheiterte. Hitler erhielt Kenntnis davon und bot sofort die SA an. Die deutsch-nationale Volkspartei und der mit ihr eng verbundene „ Stahlhelm" bemühten sich sehr um ein enges Verhältnis zur Reichswehr und brachten viele ihrer Söhne als Berufssoldaten unter. Nur in wenigen Fällen gab es persönliche Verbindungen zwischen Reichsbanner-Angehörigen und Reichswehrkommandeuren. So war es einem Frankfurter Kameraden möglich, junge RB-Kameraden - und damit zu ihrem persönlichen Schutz - nach der „ Machtübernahme" in örtliche Truppenteile einzuschleusen. Das Reichsbanner sollte aus diesem Fehler der Vergangenheit allerorts lernen und sich besonders jetzt im Zuge der starken Verringerung der Bundeswehrstärke um weitere Mitglieder aus diesem Bereich bemühen. Zu öffentlichen RB-Veranstaltungen sollten auch die in allen Wehrbereichen tätigen Jugendoffiziere als Referenten eingeladen werden, um über sie besonders junge Menschen „ hautnah" ansprechen zu können. Jugendoffiziere aus dem Wehrbereich IV sollen uns nicht umsonst angeschrieben haben, auch nach Auflösung des örtlichen Verteidigungskreiskommandos weiterhin mit ihnen in Kontakt zu bleiben. Bei den Angehörigen der Bundeswehr sind patriotische und nationale Einstellung keine Fremdwörter. Auch das Reichbanner von heute sollte sich nicht scheuen, sich wieder dieser Begriffe zu bedienen und sie mit Leben zu erfüllen, was für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold - Bund ehemaliger Kriegsteilnehmer und Republikaner eine Selbstverständlichkeit war.

Siegfried Keiling, Major a.D.

Seminar in 57258 Freudenberg vom 20.2. - 24.2.1995

Erstmalig seit dem 2. Weltkrieg führt das Reichsbanner wieder ein Fortbildungsseminar in der Zeit vom 20.2. - 24.2.1995 in der Gustav Heinemann Akademie in Freudenberg/Bergisches Land durch.
Ein weiteres Seminar ist im September im Haus Frankenwarte in Würzburg vorgesehen.

Wir starten hier ein Pilotprojekt, denn der Teilnehmerkreis des Seminars setzt sich zur Hälfte aus Zeitzeugen, die die Nazi- und die SED-Diktatur selbst erlebt haben, und zur anderen Hälfte aus Berufsschülern aus Hessen zusammen.

Als Referenten haben wir hervorragende Fachleute gewonnen. Folgendes Programm ist vorgesehen:

Montag, 22.2.1995 - Anreise bis 12.00 Uhr

13.00 Uhr	Mittagessen
14.00 Uhr	Abfahrt zu einer Stadtrundfahrt nach Siegen. Sie steht unter dem Motto "Stätten der Verfolgung und des Widerstandes".

Dienstag, 23.2.1995

8.00 Uhr	Frühstück
9.00 Uhr	Rechts- und Linksextremismus in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen des Rechtsstaates. Referent: Oberstaatsanwalt Dr. Hans Jürgen Grasemann, Braunschweig
12.30 Uhr	Mittagessen
15.00 Uhr	Fortsetzung des Themas vom Vormittag
18.00 Uhr	Abendessen

Mittwoch, 24.2.1995

8.00 Uhr Frühstück
9.00 Uhr Politischer Widerstand in der DDR
Referent: Klaus Dieter Schlechte, Langgöns, ehemaliger hoher Stasioffizier
12.30 Uhr Mittagessen
15.00 Uhr Die Tätigkeit des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR
Referent: Klaus Dieter Schlechte
18.00 Uhr Abendessen

Donnerstag, 25.2.1995

8.00 Uhr Frühstück
9.00 Uhr Sind Nato und Bundeswehr nach dem Zusammenbruch des Ostblocks noch nötig?
Referent: Oberstleutnant Frank S. Rödiger, Dozent für Politikwissenschaften an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg
12.30 Uhr Mittagessen
15.00 Uhr Fortsetzung des Themas vom Vormittag
18.00 Uhr Abendessen

Freitag, 26.2.1995

8.00 Uhr Frühstück
9.00 Uhr Seminarauswertung, Abschlußgespräch
11.30 Uhr Mittagessen, anschließend Abreise

Die Kosten des Seminars betragen bei eigener Anreise lediglich 40 DM. Da die Teilnehmerzahl auf 30 Personen beschränkt ist, wird um rechtzeitige Anmeldung gebeten.

Hans Bonkas

70 Jahre Reichsbanner - auf das Reichsbanner kann nicht verzichtet werden

Ausstellung zur 70-Jahr-Feier

In einer kameradschaftlichen Atmosphäre fand in Frankfurt am Main die Gedenkveranstaltung zum 70-jährigen Bestehen des Reichsbanners statt. Eine Ausstellung zur Geschichte des Reichsbanners bis 1933 schmückte die Eingangshalle zum Bürgerhaus Bornheim, so daß auch die Öffentlichkeit Einblick in die ersten Reichsbannerjahre nehmen konnte. Der Festsaal war mit Reichsbannersymbolen schön geschmückt, so daß die musikalischen Darbietungen - von der Klassik bis zu Arbeiter- und Freiheitsliedern - einen würdigen Rahmen fanden.

Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher, Hans Busch, überbrachte die freundlichen Grüße des Frankfurter Oberbürgermeisters Andreas von Schoeler, der wegen des Tages der Offenen Tür nicht selber kommen konnte. Hans Busch verwies in seinem Grußwort auf die demokratische Tradition des Reichsbanners, auf die Verbindung der Stadt Frankfurt zum Reichsbanner und auf die Verbindung der demokratischen Parteien zum Reichsbanner, insbesondere die der SPD. Auch in Zukunft wird das Verhältnis der Stadt Frankfurt zum Reichsbanner sich weiter positiv fortentwickeln. Er wünschte der Versammlung einen guten Verlauf.

Georg Prinz, der Bundesehrenvorsitzende, hielt das Hauptreferat auf der Gedenkveranstaltung, indem er sowohl auf die geschichtliche Entwicklung des Reichsbanners, aber auch auf aktuelle Fragen einging. Neben der Darstellung der Neugründung nach dem Krieg verdeutlichte Georg Prinz, daß auch heute noch die Aufgaben des Reichsbanners in der Bekämpfung der antidemokratischen Strömungen besteht. Sein Beitrag, der sich zum Teil auch kritisch mit der aktuellen Reichsbannerzeitung auseinandersetzte, belegte einmal mehr, daß Diskussionen im Reichsbanner im Gange sind, nicht zuletzt über die Frage, wie sich das Reichsbanner künftig der Geschichte stellen will.

Angesichts der tagtäglichen Angriffe von rechtsextremistischen Tätern auf Personen und Sachen, insbesondere auf unsere ausländischen Mitbürger, und der Verharmlosung des nationalsozialistischen Terrors, war in den anschließenden Tischgesprächen deutlich zu spüren, daß das Reichsbanner notwendiger denn je ist, aber auch, daß man noch viele jüngere, aktive Demokraten organisieren muß, um in Zukunft die Demokratie zu schützen. Nach dem Reichsbannerlied schloß der zur Zeit amtierende Bundesvorsitzende Alfred Körner die Veranstaltung.

Alexander Matwejew

Aufbauhelfer zur Ausstellung

Reichsbanner intern

Nachruf

Am 16.9.1994 verstarb unser

Kamerad Heinrich Meißner.

Heinrich Meißner, seit Neugründung des Reichsbanners in Bremen 1953 Mitglied, war einer unserer aktivsten Kameraden und hatte wesentlichen Anteil am Wiederaufbau des Reichsbanners auf Bundesebene. An allen Veranstaltungen und Konferenzen nahm er regen Anteil.

Seit 1976 war er stellvertretender Vorsitzender in Bremen. Auf der Bundeskonferenz in Magdeburg am 28. Oktober 1992 wurde er in den Schlichtungsausschuß gewählt.

Trotz seines schlechten Gesundheitszustandes nahm er am Tage seines 72. Lebensjahres an der Bundesvorstandssitzung am 20. Juli 1994 in Berlin teil. Die Familienfeier verschob er um zwei Tage.

In unserer letzten Ortsversammlung am 9. September erlitt er einen Zusammenbruch. Sein Hausarzt hielt einen Krankenhausaufenthalt für ratsam. Dort ist er auch gestorben.

Seine Aufgeschlossenheit, seine unbedingte Ehrlichkeit und sein aufrechtes und ehrliches Wirken für die Demokratie verpflichtet uns zu großem Dank.

Wir nehmen Abschied von einem guten Kameraden, den wir immer in ehrendem Gedenken behalten werden.

Dietrich Westermann,
Vorsitzender des
Landesverbandes Bremen/Weser-Ems

In einer Zeit des politischen Aufbruchs sind die Erfahrungen der Demokraten wichtiger denn je. Darum bittet die Redaktion die Kameraden darum, für das Reichsbanner und seine Zeitung zu werben.

Ich bestelle die Zeitschrift DAS REICHSBANNER - Forum aktiver Demokraten.

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

Wohnort: _____

Datum: _____

Ich bin auch an einer Mitgliedschaft im REICHSBANNER interessiert: Ja / Nein

Das Reichsbanner Erscheint seit 1924
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.
"Das Reichsbanner" ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.
"Das Reichsbanner" erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.
Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 65933 Frankfurt 80.
Redaktion: Karl-Heinz Jungmann (presserechtlich verantwortlich), Alexander Matwejew (Pressereferent und Redakteur des Bundesvorstandes), Hartmut Schutz (Redakteur).
Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.